

## Inhalt

### Schwerpunkt: Polizeilicher Staatsschutz

- |    |  |   |
|----|--|---|
| 3  | <b>Demokratie mit dynamischem<br/>Schutzzaun: eine Einleitung</b><br><i>Wolf-Dieter Narr</i>                             | <i>Außerhalb des<br/>Schwerpunkts</i>                                     |
| 11 | <b>Kontrollprobleme neuen<br/>Ausmaßes: Staatsschutz als<br/>Geheimpolizei</b><br><i>Norbert Pütter</i>                  | 68 <b>Das zweite Oury Jalloh-<br/>Verfahren</b><br><i>Dirk Vogelskamp</i> |
| 23 | <b>Ob Hühnerstall oder Castor –<br/>der Staatsschutz überwacht<br/>immer</b><br><i>Interview mit Martin Lemke</i>        | <i>Rubriken</i>   |
| 33 | <b>Allgegenwärtig: Polizeilicher<br/>Staatsschutz in Deutschland</b><br><i>Mark Holzberger &amp; Albrecht<br/>Maurer</i> | 76 <b>Inland aktuell</b>  |
| 50 | <b>Dateien des Staatsschutzes:<br/>Gar nicht kleinteilig</b><br><i>Interview mit Sönke Hilbrans</i>                      | 84 <b>Meldungen aus Europa</b>  |
| 60 | <b>Polizeilicher Staatsschutz<br/>und Geheimdienste in Europa</b><br><i>Mark Holzberger &amp; Albrecht<br/>Maurer</i>    | 88 <b>Chronologie</b>   |
|    |  | 98 <b>Literatur &amp; Aus dem Netz</b>                                    |
|    |  | 109 <b>Summaries</b>  |
|    |  | 112 <b>MitarbeiterInnen dieser<br/>Ausgabe</b>                            |

## Das zweite Oury Jalloh-Verfahren

### Polizeiliche Gewaltverhältnisse und ihre tödlichen Folgen

von Dirk Vogelskamp

Das zweite Strafverfahren um den Verbrennungstod Oury Jallohs im Polizeigewahrsam ist am 13. Dezember 2012 zu Ende gegangen. Nach 67 Verhandlungstagen verurteilte die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Magdeburg den angeklagten Dienstgruppenleiter des Dessauer Polizeireviers wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe in Höhe von 10.800 Euro.

Der Dienstgruppenleiter habe es unterlassen, den an Händen und Füßen geketteten und alkoholisierten Oury Jalloh unter ständiger Beobachtung zu halten. Das zumindest wäre seine Pflicht gewesen, hieß es in der mündlichen Urteilsbegründung. Zudem habe er das Auslösen des Rauchmelders anfangs ignoriert und diesen dann zweimal ausgeschaltet.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte drei Jahre zuvor, im Januar 2010, den Freispruch des wegen Körperverletzung mit Todesfolge angeklagten Dienstgruppenleiters durch das Dessauer Landgericht aufgehoben und das Verfahren zur Neuverhandlung an das Landgericht Magdeburg verwiesen: Es sei weiterhin nicht nachvollziehbar, wie sich der Brand entwickelt habe und wie viel Zeit zum Eingreifen den Beamten zwischen dem ersten Rauchalarm und dem vermutlichen tödlichen Inhalationsschock Oury Jallohs verblieben sei. Zudem beanstandete der 4. Strafsenat des BGH seinerzeit die Annahme, der Dienstgruppenleiter hätte sich pflichtgemäß verhalten, obwohl er das Alarmsignal zweimal ignorierte, anschließend ein Telefongespräch führte, die Fußfesselschlüssel vergaß mitzunehmen, so dass er auf dem Weg zum Gewahrsamstrakt habe umkehren müssen.<sup>1</sup> Mit der Verurteilung des damals für den Gewahrsamsbereich verantwortlichen Polizeibeamten zu einer blo-

---

<sup>1</sup> Bundesgerichtshof: Beschluss v. 7.1.2010 – 4 StR 413/09

ßen Geldstrafe scheint das Landgericht Magdeburg nun das Ziel zu verfolgen, das aufwändige, fast zwei Jahre dauernde und mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit verfolgte Strafverfahren zu einem rechtsstaatlich annehmbaren Ende zu bringen: Der öffentliche Polizeiskandal, dass ein schwarzer Asylsuchender – vollständig der fürsorglichen Aufsicht der Polizei ausgeliefert – im Gewahrsam hilflos verbrennt, wird strafgerichtlich zumindest an einem der mitverantwortlichen Polizeibeamten symbolisch geahndet. Dabei hat die Magdeburger Strafkammer weithin Aufklärung lediglich simuliert. Denn den vielen Ungereimtheiten im unterstellten Geschehensablauf, der am 7. Januar 2005 zum Tod des 36-jährigen Asylsuchenden aus Sierra Leone führte, ist das Gericht weder nachgegangen noch hat es sie aufgelöst. Entsprechend widersprüchlich blieben in der mündlichen Urteilsbegründung die Ausführungen zur Brandentstehung im Gewahrsamstrakt des Dessauer Polizeireviers.

### **Oury Jalloh gerät in die Gewalt der Polizei**

Nach den Feststellungen, die schon die 6. Strafkammer des Landgerichts Dessau-Roßlau im ersten Urteil traf, kann Nachfolgendes angenommen werden:<sup>2</sup> An jenem Morgen im Januar 2005 war Oury Jalloh städtische Reinigungskräfte wegen eines Telefons angegangen. Man verstand ihn nicht. Er war angetrunken – später wurden fast drei Promille Blutalkohol bei ihm festgestellt – und „konnte sich kaum noch auf den Beinen halten“. Er grabschte nach dem Rucksack einer der Frauen. Diese entwich ihm. Die Frauen fühlten sich von ihm belästigt. Deshalb riefen sie die Polizei. Als ein Streifenwagen eintraf, saß Oury Jalloh abseits der Frauen ruhig in einem Hauseingang. Keine von ihnen war zu Schaden gekommen. Keine Grenze zur Gewalttätigkeit überschritten. Dennoch wollte einer der Streifenbeamten den Ausweis Oury Jallohs sehen. Dieser weigerte sich, seine Papiere vorzuzeigen. Daraufhin wurde er von den beiden Polizeibeamten gewaltsam im Unterarmwürgegriff, verharmlosend als Schwitzkasten bezeichnet, in den Streifenwagen gezwungen. Er widersetzte sich dem Freiheitsentzug. Ihm wurden Handfesseln angelegt. Man durchsuchte ihn nach Waffen. Im Polizeirevier sollte seine Identität festgestellt werden. Man entkleidete und durchsuchte ihn. Die Fußfesselung folgte. Im Revier kannte man ihn bereits. Seine über die Leibesvisi-

---

<sup>2</sup> Landgericht Dessau-Roßlau: Beschluss v. 8.12.2008 – 6 Ks 4/05

tation aufgefundene aufenthaltsrechtliche „Duldung“ genügte den Beamten jedoch nicht, um ihn zu identifizieren; das Geburtsdatum sei unkenntlich gewesen. Dann wurde ihm gegen seinen Widerstand eine Blutprobe entnommen. Wider besseres Wissen attestierte der Polizeiarzt, Oury Jalloh sei gewahrsamstauglich. Gewaltsam wurde er daraufhin in den Zellentrakt bugsiert und vorgeblich zu seiner eigenen Sicherheit, ärztlich empfohlen, an Händen und Füßen auf eine vermeintlich feuerfeste Matratze rücklings fixiert. Als „eine Eskalation der Gewalt“, bezeichnete selbst die Süddeutsche Zeitung die Festnahme Oury Jallohs.<sup>3</sup> Erst bei einer zweiten, von der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ bewirkten Obduktion wurde festgestellt, dass sein Nasenbein gebrochen und ein Trommelfell zerstört war. Verletzungen, die er sich angeblich selbst zufügte. Schließlich wurde er, unterbrochen von unregelmäßigen Kontrollen, über zwei Stunden sich selbst überlassen. Die diensthabenden Polizeibeamten handelten routiniert wider die vorgeschriebenen Gewahrsamsregeln: Statt den ihnen vollständig ausgelieferten, alkoholisierten und ob seiner widerrechtlichen Inhaftierung erregten Mann ständig zu beaufsichtigen, gingen sie ihrem gewohnten Dienst nach oder in die Kantine.

## **Polizeiliche Gewalt Routinen – gerichtlich hingenommen**

An diesem rechtswidrigen polizeilichen Zwangs- und Gewalthandeln nahmen weder das Dessauer noch das Magdeburger Landgericht Anstoß und auch der 4. Strafsenat des BGH beanstandete im Revisionsverfahren diese Polizeipraxis nicht. Als ob die Frage, wie Oury Jalloh in den polizeilichen Gewahrsam geriet, keine Bedeutung für das weitere, schließlich tödlich endende Geschehen im Revier besäße. Als wären polizeilicher Zwang und Ingewahrsamnahme angemessen und rechtskonform erfolgt. Als sei es üblich, alkoholisierte Immigranten, denen keine Straftat vorgeworfen werden kann, zwecks Identifizierung über Stunden an Händen und Füßen gefesselt in Gewahrsam zu nehmen; als ob diese vorsätzliche Misshandlung, die Oury Jallohs Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und Freiheit verletzte, noch verhältnismäßig zu nennen sei.<sup>4</sup> Es blieb der Staatsanwaltschaft vorbehalten, das rechtswidrige Poli-

---

<sup>3</sup> Süddeutsche Zeitung v. 14.12.2012

<sup>4</sup> vgl. Narr, W.-D.; Vogelskamp, D.: Der Mord in Dessau im Schoß der Polizei – mit gerichtlichen Nachspielen; hrsg. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2010

zeihandeln anzusprechen: Am 13. März 2012 regte sie an, dem angeklagten Dienstgruppenleiter aufgrund der bisherigen Beweisaufnahme den rechtlichen Hinweis zu erteilen, eine Bestrafung käme nicht nur wegen Körperverletzung mit Todesfolge (ggf. fahrlässiger Tötung) gemäß der Anklage in Betracht; möglich sei vielmehr eine Verurteilung wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung mit Todesfolge in einem minder schweren Fall. Die Konsequenz hätte eine höhere Strafe sein können. Nach § 265 Abs. 1 der Strafprozessordnung (StPO) muss ein solcher Hinweis durch das Gericht erfolgen, da ansonsten nur die zur Anklage zugelassenen Strafbestimmungen zugrunde gelegt werden dürfen.

Die Staatsanwaltschaft begründete ihren Antrag damit, dass überhaupt kein Grund bestanden habe, Oury Jallohs Identität feststellen zu wollen und ihn dazu zwangsweise zu durchsuchen. Es habe ebenso kein Grund vorgelegen, ihn gewaltsam seiner Freiheit zu berauben und auf das Revier mitzunehmen. Diese Maßnahmen seien nicht durch die Vorschriften des sachsen-anhaltinischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG) gedeckt und damit rechtswidrig gewesen. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft hat Oury Jalloh auch „keinen strafbaren Widerstand“ geleistet. Für eine fortgesetzte Ingewahrsamnahme habe jede rechtliche Grundlage gefehlt. Spätestens aber nachdem der Dienstgruppenleiter die Absicht hatte, Oury Jalloh bis zum Nachmittag gefesselt einzusperren, hätte der Gefangene nach den gesetzlichen Bestimmungen (§ 38 Abs.1 SOG und § 163 c Abs. 1 StPO) unverzüglich einem Richter vorgeführt werden müssen, der über die Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung zu entscheiden gehabt hätte. Auch das passierte nicht. Da für den zuständigen Dienstgruppenleiter eine zeitnahe Identitätsfeststellung möglich gewesen wäre und er bereits angelegte erkennungsdienstliche Unterlagen leicht hätte einsehen können, setzte die Staatsanwaltschaft ein vorsätzliches Handeln voraus. Der Tod Oury Jallohs sei auch „in unmittelbarem Zusammenhang“ mit der als Freiheitsberaubung zu wertenden Ingewahrsamnahme eingetreten.<sup>5</sup> Wurde Oury Jalloh vorsätzlich der Freiheit beraubt? Über den Entzug der Freiheit und die Dauer der Maßnahme entschied jedenfalls kurzerhand die Dessauer Polizei selbst.

Die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Magdeburg, die das Verfahren bereits zuvor gegen eine Geldauflage nach § 153 a StPO einzustel-

---

<sup>5</sup> vgl. Schreiben der Staatsanwaltschaft Magdeburg an die Vorsitzende der Strafkammer vom 12.3.2012 – 141 Js 13260/10, mündl. vorgetragen, Dokument liegt vor.

len gedachte und damit den polizeibewirkten Tod Oury Jallohs auf das Niveau eines bedauerlichen – fahrlässigen – Unfalls minimierte, wies den Antrag der Staatsanwaltschaft zurück. Dass bei keiner einzigen Festnahme Oury Jallohs im Verlauf von zehn Jahren, von 1994 bis zu seinem Tod in der Gewahrsamszelle, eine richterliche Entscheidung über den Freiheitsentzug eingeholt worden war, legte das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung sogar zugunsten des angeklagten Polizeibeamten aus. Die Grundrechtsverletzungen infolge organisierter Verantwortungslosigkeit, Inkompetenz, Ignoranz, mangelnder Empathie und Unkenntnis der Rechtslage wurden als irrtümliche polizeiliche Gepflogenheit ausgelegt. Das Gericht rechtfertigte damit im Nachhinein die schon gewohnheitsmäßig grundrechtswidrige Praxis des Dessauer Polizeireviers, über den Freiheitsentzug machtanmaßend selbst zu entscheiden und die vermeintlichen Delinquenten staatsgewaltig zu traktieren.

Das Gericht konzentrierte sich hingegen ausdrücklich auf das letzte Glied einer polizeibewirkten Ereigniskette, an deren Ende Oury Jalloh in der Zelle verbrannte: Nämlich auf die Frage, ob der damalige Dienstgruppenleiter den Gefangenen hätte retten können, wenn er gleich auf den ersten Feueralarm reagiert hätte. Ausgehend von dieser Vorentscheidung, konnte auch in diversen Brandsimulationen eines (erst auf Drängen der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ und der Nebenklage) neu hinzugezogenen Brandgutachters der vermutliche Todeszeitpunkt nicht exakt angegeben werden. Insofern ließ sich auch die Zeitspanne nicht genau rekonstruieren, in der der Verbrennungstod Oury Jallohs noch hätte verhindert werden können.

Im Zweifel für den Angeklagten, darin muss dem Gericht gefolgt werden. Die Kammerentscheidung blieb insofern konsequent im Rahmen der engen prozessualen Urteilsfindung. Das Gericht hatte über die personale Verantwortung des Dienstgruppenleiters zu befinden wie jedes andere Strafgericht. Dabei sah sich das Magdeburger Landgericht wie zuvor das in Dessau mit den Erinnerungsblockaden der Polizeizeugen konfrontiert.

Dennoch: Die polizeilichen Gewaltroutinen und die damit einhergehenden Grundrechtsverletzungen nicht in die gerichtliche Urteilsfindung einzubeziehen, ist eine bewusste Entscheidung des Gerichts, die in erster Linie die Dessauer Polizei und die übergeordneten Behörden schützt. Allein schon aus diesem Grunde muss die gerichtliche Aufklärung des Verbrennungstodes von Oury Jalloh erneut als gescheitert angesehen werden.

## Gerichtliches Desinteresse an der Aufklärung

Trotz vieler gegenteiliger Indizien hielt das Gericht bis zur Urteilsverkündung unbeirrt an der die Polizei entlastenden Annahme der von Anfang an wenig engagiert ermittelnden Staatsanwaltschaft fest, Oury Jalloh selbst habe das Feuer in der Gewahrsamszelle gelegt. Diese Darstellung hatte die Polizeiführung bereits kurz nach dessen Tod insinuiert. Sie unterstellt, der mehrfach durchsuchte und an Händen und Füßen gefesselte Gefangene habe während der gesamten Tortur einem der Beamten ein Feuerzeug entwenden oder es anderweitig in Besitz nehmen können. Reste eines Feuerzeugs wurden nicht bei der ersten Spurensicherung, sondern erst nachträglich bei den Asservaten gefunden. Unbeantwortet bleibt jedoch bis heute die zentrale Frage, wie Oury Jalloh mit diesem Feuerzeug den Brand in der Gewahrsamszelle entfacht haben soll, obwohl an den Resten weder DNA-Spuren des Opfers noch Faserspuren seiner Kleidung oder der Matratze festgestellt werden konnten. Das Ergebnis müsste ein Gericht stutzig werden lassen.

Das gilt erst recht für den fragwürdigen polizeilichen Umgang mit Beweismitteln in dieser alles entscheidenden Frage: Der geringer verbrannte Rücken des Toten war von dem Videographen des polizeilichen Ermittlungsteams auf gesonderte Anordnung des Einsatzleiters gefilmt worden. Ein Feuerzeug war dabei, laut Aussage des Videographen, zunächst nicht entdeckt worden. Diese Videosequenz ist allerdings gelöscht worden und bei den Polizeibehörden nicht mehr auffindbar. Die „Wahrheit“ des unterstellten Feuerzeuges blieb sprichwörtlich im Dunklen. Das Gericht aber wollte keine Beweismanipulationen erkennen, denn das hätte als Beweismittelunterschlagung gewertet werden müssen. Es blieb dabei, dass Oury Jalloh selbst das Feuer gelegt haben müsse, möglicherweise um Aufmerksamkeit zu erregen. Im Zweifel für die Polizei, selbst wenn dadurch das Opfer zum brandentfachenden Täter gemacht wird.

Das Verfahren barg noch viele weitere Widersprüche, denen Gericht und Staatsanwaltschaft nicht ernsthaft nachgingen und die an dieser Stelle nicht alle aufgeführt werden können.<sup>6</sup> Diverse Beweisanträge der Nebenklage wurden abgelehnt. Das Urteil des Gerichts deckt jedenfalls

---

<sup>6</sup> vgl. die diversen Erklärungen der Internationalen Liga für Menschenrechte und des Komitee für Grundrechte und Demokratie, die den Prozess beobachtet haben: [www.grundrechtekomitee.de/taxonomy/term/21](http://www.grundrechtekomitee.de/taxonomy/term/21)

den polizeigemachten Tod Oury Jallohs voreilig zu – ganz offensichtlich mit dem Ziel, den öffentlichen Skandal, dass ein an Händen und Füßen gefesselter Flüchtling im Polizeigewahrsam verbrennt, endlich rechtsstaatlich zu befrieden. Mit dieser gerichtlichen Entscheidung wird allerdings die Verantwortung der Polizei in Sachsen-Anhalt für den Tod Oury Jallohs eskamotiert. Die gerichtliche Kontrolle staatlicher Gewalt hat versagt. Das Unrecht, der Feuertod Oury Jallohs, bleibt politisch folgenlos. Denn die institutionellen Strukturen der Polizeiarbeit, in denen ein Übermaß an Gewalt und Diskriminierung nisten, bleiben durch das Urteil unangefochten und wirken fort.<sup>7</sup>

## Ein Prozess der Polizei

Die Polizei war angeklagt, sie ermittelte, sie trat zugleich als Zeuge und Gutachter auf. Bewaffnete Zivilpolizisten und ein undurchsichtiger Polizeipfarrer, stets zu instruktiven seelsorgerlichen Gesprächen mit in Aussagenot geratenen Beamten bereit, saßen mit im Gericht. Der Korpsgeist in der Polizei reichte in diesem Verfahren bis hinauf in die Polizeiführung und Innenverwaltung. Das Aussageverhalten und die kollektiven Erinnerungslücken der Polizisten bestimmte das Verfahren wesentlich. Die gewöhnliche institutionelle Nähe von Staatsanwaltschaft und Polizei war nicht dazu angetan, diesen Korpsgeist ernsthaft anzukratzen.<sup>8</sup> Gelegentlich half die Staatsanwaltschaft sogar notleidenden Polizeizeugen auf die Sprünge. Wie aber sollte das Gericht die durch die Polizei *verletzten* Rechtsnormen durch ein Urteil wiederherstellen und damit ihre Geltung bekräftigen, wenn sie dabei in Abgründe der schon gewohnheitsmäßig ausgeübten widerrechtlichen Gewalt der Polizei blickte? Eben jener mit dem staatlichen Gewaltmonopol ausgestatteten Institution, die die Rechtsordnung alltäglich – notfalls mit legitimer Gewalt – zu gewährleisten hat. Polizeiverfahren sind immer von dieser nur schwer auflösbaren, staatlich-strukturellen Verflochtenheit gekennzeichnet. Gerichtlich wird deshalb eine *Kontrolle* und „Begrenzung der in der Polizei verkörperten Staatsgewalt“ selten gelingen.<sup>9</sup> Umso dringlicher ist die

---

7 vgl. Vogelskamp, D.: Polizeiübergriffe auf ImmigrantInnen – Gewollte Ungleichheit und die Normalität der Gewalt, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 95, 1/2010, S. 36-44

8 vgl. Singelstein, T.: Polizisten vor Gericht. Strafverfahren wegen Körperverletzungen im Amt, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 95, 1/2010, S. 55-62

9 ebd., S. 62



Forderung der verschiedenen Bürgerrechtsorganisation nach unabhängigen Kommissionen zur Untersuchung von Polizeigewalt.<sup>10</sup> Diese könnten zumindest einen kleinen Schritt in Richtung einer demokratischen Bändigung des staatlichen Gewaltmonopols darstellen.

Der Rechtsfrieden ist trotz der Verurteilung des verantwortlichen Dienstgruppenleiters noch lange nicht hergestellt. Denn die Staatsanwaltschaft hat Revision beantragt, weil die rechtswidrige Freiheitsberaubung als Verstoß gegen das Polizeirecht durch das Gericht nicht rechtlich detailliert gewürdigt worden sei; die Verteidigung hingegen will zusammen mit der Gewerkschaft der Polizei in Sachsen-Anhalt in der Revision klären lassen, ob ein einzelner Beamte für die institutionellen Defizite bei der Gewahrsamsüberwachung (Personal und technische Ausstattung) verantwortlich gemacht werden könne.<sup>11</sup> Die Loyalität der Polizeibeamten untereinander festigend, sammelt die Polizeigewerkschaft unterdessen für die Prozessauslagen des Angeklagten Spenden unter den Kolleginnen und Kollegen. Auch die Nebenklage legt Rechtsmittel ein, da das Gericht zahlreichen Indizien nicht nachgegangen sei, die erhebliche Zweifel an der Annahme aufwerfen, Oury Jalloh habe das Feuer selbst gelegt. Auch im Interesse des angeklagten Polizisten hätte man weiter ermitteln müssen und können.<sup>12</sup> Die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ hat inzwischen einen britischen Brandexperten mit einem unabhängigen Gutachten beauftragt. Zu dessen Finanzierung benötigt sie dringend Spenden. Für den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt hingegen ist die Welt wieder in Ordnung. Beim traditionellen Empfang der Landesregierung zum Jahresende lobte er die Polizei: „Es gehört zu den entscheidenden Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf die Polizei – und das heißt immer auf den einzelnen Polizisten – vollständig verlassen können.“<sup>13</sup> Oury Jalloh konnte es nicht. Er war ja auch kein Staatsbürger!

---

<sup>10</sup> Amnesty International u.a.: Kriterien für eine unabhängige Kontrollinstanz zur Untersuchung von Polizeigewalt: [www.amnesty-polizei.de/2012/05/gemeinsames-papier-zu-den-kriterien-fur-eine-unabhangige-kontrollinstanz-zur-untersuchung-von-polizeigewalt/](http://www.amnesty-polizei.de/2012/05/gemeinsames-papier-zu-den-kriterien-fur-eine-unabhangige-kontrollinstanz-zur-untersuchung-von-polizeigewalt/)

<sup>11</sup> vgl. die gemeinsame Presserklärung der Verteidigung und der Gewerkschaft der Polizei Sachsen-Anhalts v. 13.12.2012

<sup>12</sup> junge Welt v. 20.12.2012

<sup>13</sup> Staatskanzlei Sachsen-Anhalt: Pressemitteilung Nr. 672/2012 v. 19.12.2012